Nr. 273. Sonnabend den 1. Dezember 1906. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Viertelj. 1 ℳ 50 ₰ (ohne Bestellgeld), für Oesterreich 2 K 55 h. Bei a. a. Postanstalten l. Zeitungspreisliste Nr. 6674. Einzelnummer 10 Pf. — Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile od. deren Raum mit 15 ₰, Reklamen mit 50 ₰ die Zeile berechn., b. Wiederh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1366.

r. Die Geldverteuerung.

Gegenwärtig hat man sehr „teures Geld"; der Zinsfuß ist hoch, so hoch wie fast nie. Wer gar kein Geld hat, kümmert sich hierum nicht; wer solches nur kurze Zeit auf der Bank anlegt, ist sehr befriedigt, wenn er auf den großen Schild sieht, daß man jetzt 3 Prozent und mehr bezahle; wer aber Geld braucht — und das ist die Geschäftswelt — schneidet sehr betrübte Gesichter bei dem hohen Diskontsatz und sagt sich, daß er fast allen Gewinn an die Bank abliefern müsse. Er muß aber dann auch teurer arbeiten und so kommt es, daß in der heutigen allgemeinen Teuerung auch eine Geldteuerung nicht fehlt.

Die Freunde und Gegner der heutigen Goldwährung streiten sich nun darüber, ob nicht die gesamte Währung die Ursache des unerwünscht hohen Geldsatzes sei; die ersteren sagen Nein; die Anhänger der Doppelwährung, an ihrer Spitze Dr. Arendt, aber behaupten das Gegenteil. Der Präsident der Reichsbank, Dr. Koch, tritt nun in der „Deutschen Revue" für die von ihm stets verteidigte Goldwährung ein, aber auch für die Zinspolitik der Reichsbank. Es ist jedenfalls interessant, diesen anerkannt tüchtigen Bankmann zu hören; er gibt über manches einen sehr zutreffenden Aufschluß. Dr. Koch beschäftigt sich zunächst mit der Wirtschaftslage und erklärt, daß diese ein durchaus erfreuliches Bild biete. Die Besorgnisse, die sich wegen Einschränkungen unseres Außenhandels an das Inkrafttreten des neuen Zolltarifes knüpften, sind — so erklärt Präsident Koch — im wesentlichen unerfüllt geblieben. Fast alle Industrien sind mit Aufträgen überfüllt. Selbst die im allgemeinen hohen Preise der Rohstoffe und die sich steigernden Arbeitslöhne vermögen trotz des hier und da auftretenden Arbeitermangels den Aufschwung nicht zu hemmen. Der einzige schwarze Punkt auf diesem lichten Bilde sind die Geldmarktverhältnisse. Es ist nicht zu leugnen, daß diese sich im Laufe des Jahres, zum Teil auch infolge des neuerdings in besonders starkem Umfange hervorgetretenen amerikanischen Geldbedarfs, mehr und mehr verengt haben. Es wird kaum bestritten, daß die unerhörte Anspannung der Reichsbank, die eine wesentliche Erleichterung bisher nicht erfahren hat, die Verwaltung zu der Verteuerung des Geldes nötigte. Die Freihändler und Sozialdemokraten werden also mit ihrem Vorhersagen scharf abgeführt. Koch gibt mit uns zu, daß die neuen Handelsverträge mit den höheren Zöllen uns nichts schadeten, sondern sehr viel nützten.

Dann aber wendet er sich gegen jene, die eine Aenderung der Bankgesetzgebung zur Erreichung eines niedrigen Diskontosatzes anstreben und die Einführung der Prämienpolitik der Bank von Frankreich fordern, um so den Abfluß von Gold aus der Reichsbank zu hemmen. Die Bank von Frankreich löst ihre Noten, sofern es sich nicht um kleine Beträge handelt, überhaupt nur in Silber ein; sie zahlt auch bei Kreditentnahmen im allgemeinen in ihren Noten oder in Silber. Dagegen gibt sie Gold in Form von Barren oder fremden Münzen unter Berechnung eines den Goldausmünzungswert übersteigenden Preisaufschlages ab. Eine eigentliche Goldprämie, daß heißt ein für die Landesgoldmünzen über ihren gesetzlichen Zahlungswert hinaus im Verhältnis zu den Landessilbermünzen berechnetes Aufgeld ist das nicht, denn weder die Goldbarren noch die fremden Goldmünzen haben einen landesgesetzlich festgestellten Zahlungswert. Indessen wirkt das Verfahren der Banque de France tatsächlich wie eine „Goldprämie", weil die Bank — anders als die Reichsbank — bei der Noteneinlösung und im Kreditgeschäft die Verabfolgung von Landesgoldmünzen eben regelmäßig überhaupt ablehnt. Wollte auch die Reichsbank, mit den bisherigen Grundsätzen brechend, die Einlösung ihrer Noten wie andere Zahlungen, zum Beispiel die Rückzahlung ihrer Giroguthaben, in Gold verweigern, so würde ihr kleiner Talervorrat — jetzt zirka 16 Millionen Mark — schnell erschöpft sein. Aber — und dies wiegt vor allem schwer — es wäre eine allgemeine Beunruhigung, eine Beeinträchtigung des internationalen Kredits der Reichsbanknote und eine starke Erschütterung der Reichswährung unausbleiblich. Ein großer Teil der Giroguthaben würde der Reichsbank gewiß bald entzogen werden, wenn die Kontoninhaber befürchten müßten, nicht mehr Gold, sondern nur Silber und Papier zu erhalten. Die Reichsbank würde dadurch eines wesentlichen Teiles ihrer jetzigen Kraft beraubt werden.

Der Hinweis auf das Vorgehen Frankreichs ist nicht stichhaltig; dort besteht ungeachtet der gesetzlichen Suspension der Silberprägungen noch jetzt gesetzlich und vertragsmäßig die Doppelwährung. Frankreich hat einen großen Silbervorrat mit voller Zahlkraft. Immerhin kann auch die Bank von Frankreich ihre Goldbestände ohne Schädigung der Valuta nur dann schützen, wenn Gold aus dem freien Verkehr, was selten möglich ohne Schwierigkeiten entnommen werden kann. Ueberträgt sich die Goldprämie dagegen auf den Verkehr, so muß notwendig eine Verschlechterung der französischen Valuta eintreten. Dieser Fall ist freilich — wegen der meist günstigen Zahlungsbilanz Frankreichs hauptsächlich infolge seines großen Besitzes an fremden Effekten — in den letzten Jahren nur selten und vorübergehend eingetreten. Niemals hat aber die Goldprämienpolitik vermocht, einem Goldabfluß ins Ausland entgegenzuwirken, weil sie dessen Grundursache, die Ungunst der Zahlungsbilanz, nicht beseitigen kann. Für den Goldabfluß in den inneren Verkehr ist sie ohne jede Bedeutung. Die Bank von Frankreich hat in ihren Jahresberichten wiederholt die Erhöhung ihres Diskonts als das einzige bekannte Mittel bezeichnet, ihren Barvorrat zu schützen. Also ganz dasselbe Mittel, das auch die Reichsbank anwenden muß. Wollte die Reichsbank also die Noten nur in Talern einlösen und Gold nur gegen Prämie abgeben, so würden die Taler in den Verkehr einströmen und die dadurch entbehrlich gemachten Reichssilbermünzen gegen Gold umgewechselt, also bei der Reichsbank durch Silbermünzen ohne gesetzliche volle Zahlkraft ersetzt, die Fortführung der sogenannten Prämienpolitik also bald unmöglich gemacht werden. Diese ist daher in Deutschland als ganz ungeeignet zu verwerfen. Mit der zu Recht bestehenden Goldwährung ist sie völlig unvereinbar. Die gegenwärtige ungewöhnlich starke Inanspruchnahme der Reichsbank beruht ausschließlich auf dem Geldbedarf des Inlandes, und diesem kann nur durch eine entsprechende Steigerung der Diskontosätze begegnet werden. Freilich ist der Diskont der deutschen Reichsbank seit Jahren und besonders jetzt weit höher als derjenige der Bank von Frankreich. Diese Verschiedenheit ist aber keineswegs auf die abweichende Goldpolitik der beiden Banken zurückzuführen. Der Goldvorrat für sich ist nur ein Faktor der sogenannten Diskontpolitik. Hierbei sprechen entscheidend ganz andere Umstände mit. Der Wechselzinsfuß bestimmt sich im allgemeinen nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage in Zahlungsmitteln. Muß der Diskont infolge abnorm gesteigerter Nachfrage wie zurzeit auf einen ungewöhnlich hohen Stand erhöht werden, so bedeutet dieser für die allzu stürmisch vorwärtsdrängende industrielle und kommerzielle Entwickelung naturgemäß eine ernste Mahnung zur Mäßigung. Im Vergleich zu Deutschland herrscht bekanntlich in Frankreich eine gewisse wirtschaftliche Ruhe. Keine Notenbank der Welt wäre imstande, der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, wie sie jetzt Deutschland charakterisiert, ohne starke Diskonterhöhungen zu begegnen. Hätten wir die langsame und ruhige Entwickelung Frankreichs, so stände unser Diskont auch niedriger; aber unsere Industrie und unser Handel stürmen jetzt förmlich vorwärts. Ein solch starker Anspruch treibt den Zinsfuß in die Höhe.

Man schlägt nun Verschiedenes vor, um doch auf einem niedrigen Zinsfuß zu bleiben; so die Vermehrung des Stammkapitals der Reichsbank. Hierzu bemerkt Koch: Die Erhöhung des Kapitals einer Notenbank schafft keine neuen Umlaufsmittel, sondern überträgt nur Bargeld aus dem freien Verkehr in die Bankkasse, während die dadurch dort entstehende Lücke durch eine gesteigerte Inanspruchnahme der Bank wieder ausgeglichen wird. Damit steht es nicht im Widerspruch, wenn bei dem wachsenden Geschäftsumfang der Reichsbank eine gewisse Vermehrung ihres Grundkapitals gleichwohl rätlich erschien, so daß jetzt die Reichsbank in der Höhe ihrer eigenen Mittel alle anderen großen Notenbanken mit Ausnahme der Bank von England (deren eigene Mittel freilich gänzlich festgelegt sind), übertrifft.

Endlich wird auch von manchen, sei es überhaupt die Beseitigung, sei es die Erweiterung der bisherigen Steuergrenze empfohlen, was ja an sich, wenn die Reichsbankverwaltung lediglich privatwirtschaftlichen Grundsätzen folgen dürfte, ihr nur willkommen sein könnte. Die allmählich zu knapp gewordene Bemessung des Kontingents hat sich bisher für die Verkehrswelt nicht störend fühlbar gemacht, weil die Verwaltung der Reichsbank, so oft es die Rücksicht auf ihren Stand, also namentlich auf die Deckung ihrer Verbindlichkeiten erlaubte, bei Kontingentsüberschreitungen von einer Erhöhung des Diskonts auf 5 Prozent und darüber Abstand genommen und den die Diskonterträge überschreitenden Steuerbetrag aus den Kassen der Reichsbank beistreiten hat. Sie hat sich also von den Absichten des Systems niemals mechanisch leiten lassen. Jedenfalls hat die Steuer in ihrer Begrenzung den Wert, daß die Ueberschreitung des Kontingents stets ein leicht erkennbares Warnungssignal für die Geschäftswelt ist, welches die notwendige Diskonterhöhung verständlich macht, und daß sie erfahrungsmäßig den ungedeckten Notenumlauf der Privatnotenbanken, für die allein man das System nicht gesetzlich aufrecht erhalten kann, auf den Betrag ihrer steuerfreien Kontingente beschränkt. Hiernach kann es sich im wesentlichen nur um die Zweckmäßigkeitsfrage handeln, ob in Zukunft noch eine fernere Ausdehnung der Kontingentsziffer der Reichsbank über den Betrag von 472 829 Mill. Mark hinaus erforderlich ist. Jedenfalls ist von einer Aenderung des Bankgesetzes in der vorliegenden Materie ein wesentlicher Einfluß auf die Diskontfrage nicht zu erwarten. Ein Mittel zur Steigerung des Goldvorrates in der Reichsbank und damit zur Erlangung eines niedrigeren Diskontes sind die Ausgabe kleiner Banknoten. Die Reichsbank ist bekanntlich erst vor kurzem ermächtigt worden, Noten in den Abschnitten von 20 Mark und 50 Mark auszugeben. Sie hat von dieser Ermächtigung bereits Gebrauch gemacht. Natürlich mußten die Noten erst aufgelegt werden, und es vergeht auch notwendig eine gewisse Zeit, ehe sie in den Verkehr übergehen. Von einem Mißlingen der Maßregel kann nicht geredet werden, denn es sind schon jetzt etwa 30—40 Millionen Mark solcher kleinen Noten im Umlauf, die nur zum Teil an die Stelle eingezogener Reichskassenscheine getreten sind, und der Betrag vermehrt sich allmonatlich. Durch lange Gewohnheit ist der Verkehr mit Goldmünzen übersättigt, wobei die Bequemlichkeit der Kassierer und die Neigung der Regierungskassen zur Auszahlung von Vierteljahrsgehältern der Beamten in Gold, sowie die Bedürfnisse des Hypothekengeschäftes eine erhebliche Rolle spielen. Hier kann unbeschadet der Solidität der Notenausgaben Wandel geschaffen werden. Ein weiteres Mittel würde die Einführung des Scheckverkehrs sein, der leider bei uns noch nicht so beliebt ist wie in anderen Ländern.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin, 129. Sitzung am 29. November 1906.

Die Kolonialdebatte wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Semler (Natl.): Die Eisenbahnvorlage ist die erste Tat des neuen Mannes. Wir kommen demselben mit Vertrauen entgegen. Die beiden Denkschriften sind eine Ten enzschrift. Der Vergleich mit Maier ist unangebracht. Man hätte den ganzen Krieg nicht führen sollen ohne den Bau von Eisenbahnen. Wir sind für keine Expeditionen in unaufgeschlossene Gebiete. Ich habe ein großzügiges Eisenbahnprojekt erwartet, aber hier zeigt sich das alte System der Kleinkrämerei.

Abg. Frhr. v. Richthofen (kons.): Die ganze Pöplaugeschichte steht mit dem Kolonialwesen in losem Zusammenhange. Wir danken dem Reichskanzler für seine entschiedene Verteidigung der Beamten. Der Reichstag trägt auch einen Teil der Schuld an den heutigen Zuständen. Vor uferlosen Eisenbahnplänen möchte ich warnen, man baut sie nach Bedarf. Ein gutes Verhältnis zur Mission muß festgehalten werden. (Beifall.) Wir sehen mit Vertrauen der Zukunft der Kolonien entgegen. (Beifall rechts.)

Kolonialdirektor Dernburg: Die wohlwollenden Worte aus dem Hause sind mir ein Ansporn für vermehrte Tätigkeit. Die Kolonien müssen für ihre Verwaltungsausgaben selbst aufkommen. Man muß die Denkschriften aufmerksam und verständig lesen. Den Wert der Eingeborenenproduktion schätze ich auf 42 Mill. Mark. Ohne Eingeborene können wir in Plantagenkolonien nichts anfangen. Ich habe einen Plan, in 10 Jahren die Besiedelung und Aufschließung zu vollziehen, aber mehr kann man nicht in 2 Monaten leisten. Die Beschränkung nehme ich als mein Programm auf. Auf 10 Kilometer rechts und links der bestehenden Bahnen und Straßen soll der Schutz ausgedehnt werden, dieser Teil soll zuerst besiedelt werden, reicht er nicht mehr aus, so wird mehr besiedelt werden. Die Ansiedelung der Schutztruppen soll begünstigt werden. Eine neue Grundsteuer soll für die Ländereien eingeführt werden. Die Entschädigung der Farmer soll in kürzester Zeit erfolgen, falls das Haus zustimmt. Wir haben zu wenig bei unseren Nachbarn gelernt. (Sehr gut!) Das deutsche Kapital ist zu wenig in den Kolonien, aber so lange es hier 6 Proz. und mehr verdient, geht es nicht hinaus. Die Eisenbahnen muß der Staat bauen, denn sie sind Monopole und gegen diese sind wir. (Lebh. Beifall.)

Abg. Kopsch (Freis. Vereinigung): Kaufmann ist für mich nicht gleichbedeutend mit Zahlenjongleur. Einer vernünftigen Kolonialpolitik stimmen wir zu. Es ist unerhört, wie Dr. Semler von Undankbarkeit sprechen kann. Wenn die Aufdeckung der Mißstände gut war, und sie war gut, so muß dem Abg. Erzberger der Dank ausgesprochen werden, und ich tue das. Das deutsche Volk wundert sich, daß der Geschäftsmann v. Podbielski dem Reichskanzler so spät bekannt geworden ist. Hat nicht derselbe als Begutachter bei einem Gute die Vermögensverwaltungsstelle der Offiziere schwer geschädigt? Die durch den Landwirtschaftsminister begünstigte Hypothek von 400 000 Mk. fiel in kürzester Frist hierauf aus. (Hört!) Redner kritisiert die einzelnen Posten des Nachtragsetats sehr scharf. Ueber Afrika wollen wir das eigene Vaterland nicht vergessen. (Lebh. Beifall.) Dem Kaufmann bringen wir Vertrauen entgegen, dem Zahlenkünstler müßten wir. (Beifall.)

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Ohne Eisenbahnbau kommen wir nicht vorwärts; schon Windthorst hat mir versichert, daß er dies für nötig halte. Die frühere Kolonialverwaltung hat hier sehr schwer gefehlt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung.

Politische Rundschau.

Dresden, den 30. November 1906.

Der erste Tag der Kolonialdebatten findet in der Presse eine verschiedene Beurteilung; die meisten Zeitungen sind zwar mit dem neuen Kolonialdirektor sehr zufrieden; er hat auch im ersten Teil seiner Rede gut abgeschnitten, weniger gut bei Entwickelung seines positiven Programms. Der „Vorwärts" ärgert sich sehr über das Zentrum, weil Dr. Schädler nicht auf die vielen Mißstände einzeln einging. Er muß eben abwarten! Ein Redner kann nicht alles sagen. Das Zentrum hat deshalb drei offizielle Fraktionsredner gestellt: Dr. Schädler für den allgemeinen Teil, Erzberger für die volkswirtschaftliche und finanzpolitische Seite, Mören über Justiz und Mission; alle drei Redner sind offizielle Fraktionsredner und deren Darlegungen ergänzen sich gegenseitig. Aus der Rede des ersten Abgeordneten kann man sich noch kein Bild von der Haltung der Fraktion machen. Weder der Abgeordnete Erzberger noch Mören sprechen nur für ihre Person. Die Zentrumsfraktion legt vielmehr den größten Nachdruck darauf, daß alle Mißstände besprochen und beseitigt werden.

Die nächste Sitzung der Landkommission für die Kolonien findet am Montag, den 3. Dezember, im Gebäude der Kolonialabteilung statt.

— Bei den **Wahlen zum Landesausschuß in Elsaß-Lothringen** wurden in 21 Stadt- und Landkreisen u. a. **die früheren oder jetzigen Reichstagsabgeordneten Winterer, Blumenthal, Wetterlé, Riff, Höffel und Jaurez gewählt. Die Klerikalen gewannen Colmar-Land und Wanzenau, verloren jedoch Straßburg-Land. Die Sozialdemokraten verloren ihren einzigen Sitz Mülhausen an die Demokraten.**

Ausschluß der Polen vom Unterricht. Der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschließung gefaßt: „Die Erfahrung hat gelehrt, daß die sogenannte „Kulturpolitik" im preußischen Osten lediglich dazu geführt hat, den Feinden unseres Volkstumes Waffen zu seiner Bekämpfung zu liefern. Wir haben vom nationalen Standpunkt aus kein Interesse an einer höheren Bildung des einzelnen Polen, die fast ausnahmslos dessen Nationalbewußtsein steigert, und ihn im wirtschaftlichen Kampfe besser wettbewerbs-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19061201/1